

WORKING PAPER 21

WAS BEDEUTET WIRKSAMKEIT VON ENTWICKLUNG?

Ein begriffsorientiertes Diskussionspapier

Clemens Six

JULI 2008

Inhaltsverzeichnis

Abstract	3
1. Einleitung	4
1.1. Worum es geht	4
1.2. Wirksamkeit der „Hilfe“ - Wirksamkeit von Entwicklung	4
2. Was heißt Entwicklung?	5
3. Was bedeutet Wirksamkeit und wie soll sie gemessen werden?	9
3.1. Wirksamkeit als (Macht-)Frage des Geber-Empfänger-Verhältnisses	9
3.2. Wirksamkeit in den Definitionen internationaler Akteure	10
3.3. Wirksamkeit als ökonomisches Wachstum	12
3.4. Wirksamkeit als Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele	13
3.5. Wirksamkeit als „Bekenntnis zu Entwicklung“	15
3.6. Wirksamkeit auf der Mikro-Ebene der Projekte	16
4. Abschließende Bemerkungen	17
Abkürzungsverzeichnis	18
Literatur	19

IMPRESSUM

Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung – ÖFSE
Bereich Wissenschaft & Forschung
A-1090 Wien, Berggasse 7
Tel. ++43 / 1 / 317 40 10-200 / Fax ++43 / 1 / 317 40 15
E-Mail: office@oefse.at
WEB: <http://www.oefse.at> und <http://www.eza.at>

Abstract

Die internationale Betriebsamkeit um das Thema Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) kreist vor allem um Fragen der technisch-operativen Abwicklung von Entwicklungsinitiativen. Hintergrund dieser Debatte bilden hingegen sehr weit reichende Fragen zur grundsätzlichen Sinnhaftigkeit von externer „Entwicklungshilfe“, strukturelle Voraussetzungen der Nord-Süd-Ost-Verhältnisse sowie neuartige, aktuelle Herausforderungen für die internationale Entwicklung überhaupt.

Dieses Papier versucht, durch eine Problematisierung der Begriffe Wirksamkeit und Entwicklung unterschiedliche Zugänge zu diesem Themenfeld aufzuzeigen, implizite Fragestellungen, die sich in diesen Kategorien widerspiegeln, darzustellen und den Stand der Entwicklungsforschung in Bezug auf gängige Wirksamkeitsmaßstäbe zu erörtern. Damit soll eine Ausweitung der Wirksamkeitsdiskussion vorgeschlagen werden, die weit über den bisherigen OECD-zentrierten Fokus hinausgeht.

The current international hustle towards the issue of aid effectiveness is foremost concentrated on questions of technical-operative implementation of development initiatives. However, the actual background of this debate on effectiveness are far-reaching questions related to the basic meaningfulness of external “development aid”, structural pre-conditions for North-South-East relations as well as new challenges for international development as a whole.

This paper questions the talk about “effective aid” by problematizing the terms effectiveness and development. Thereby, it intends to demonstrate different approaches to effectiveness, analyse implicit paradigms enshrined in these categories and discuss the current knowledge provided by development research on common indicators of “effective aid”. The author finally suggests extending the scope of the current effectiveness debate exceeding the horizon of the OECD Paris Declaration.

1. Einleitung

1.1. Worum es geht

Die internationale Gemeinschaft ist gegenwärtig von einer entwicklungspolitischen Frage besonders eingenommen, nämlich der Frage nach der Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit (EZA) und Entwicklungspolitik. Das seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und den Phasen der Dekolonisation in Afrika und Asien bestehende Feld der EZA ist unter Druck geraten. War es im Kalten Krieg noch im Sinne der bipolaren Weltordnung möglich, diese „Hilfe“ an Länder im Süden durch politisch-ideologische Solidarität zu rechtfertigen, so sieht sich die EZA heute grundsätzlichen Fragestellungen gegenüber, die sich mit einer Offensive zum Thema Wirksamkeit zu begegnen sucht. Angesichts neuer internationaler Herausforderungen wie dem Klimawandel, Migration oder Sicherheitsfragen ist die EZA gefordert, ihre Relevanz in Bezug auf diese neuen Herausforderungen, aber auch in Bezug auf ihre „klassischen“ Aufgabengebiete wie Armutsminderung erneut zu formulieren und zu untermauern.

Die internationale Betriebsamkeit um diese Frage der Wirksamkeit bringt mit sich, dass die beiden Begriffe Entwicklung und Wirksamkeit zu Säulen einer aktuellen Debatte wurden, die sehr heterogen und auf vielen verschiedenen Ebenen geführt wird. Dieses Papier ist darum bemüht, unterschiedliche Zugänge und Definitionen aufzuzeigen, gegeneinander abzugrenzen und zu problematisieren, um auf diese Weise zu einer Ausweitung der Diskussion selbst beizutragen. Diese Ausweitung der Diskussion scheint deshalb notwendig, weil mit der Frage der Wirksamkeit die Sinnfrage von Entwicklungskooperation als solche gestellt ist. Es geht also um die Grundlagen der internationalen Verhältnisse und um die Struktur der Beziehungen zwischen reichen und armen Gesellschaften. Erst eine Ausweitung der aktuellen Debatte über Wirksamkeit kann diesen Dimensionen gerecht werden, da der momentane politische Fokus aus unterschiedlichen Gründen viel zu eng gesetzt ist, um tatsächliche Fortschritte im Sinne ausgewogener, nachhaltiger globaler Entwicklung zu ermöglichen.

1.2. Wirksamkeit der „Hilfe“ – Wirksamkeit von Entwicklung

Der aktuelle Prozess der internationalen Umsetzung der Pariser Erklärung „zu mehr Wirksamkeit in der Entwicklungszusammenarbeit“ lenkt den Fokus der politischen Bestrebungen auf konzeptionelle und praktische Fragen der Gestaltung der Entwicklungspartnerschaften, also der Abläufe der Entwicklungszusammenarbeit zwischen Gebern und Empfängern. Dieser Fokus steht daher auch im Zentrum der multilateralen Programme der OECD, die darauf ausgerichtet sind, die Spielregeln der EZA selbst zumindest dem Anspruch nach neu zu gestalten und unter die Leitung der Empfängergesellschaften zu stellen.

Für eine begriffsorientierte Auseinandersetzung mit dem Thema Wirksamkeit in den Entwicklungsdiskursen ist diese Konzentration auf Konzepte, Abläufe und Strategien der EZA aber nur bedingt geeignet, da sie nur einen bestimmten, wenn auch bedeutsamen Ausschnitt aus dem relevanten Themenspektrum darstellt. Die eigentliche Fragestellung zu Wirksamkeit von EZA muss wesentlich breiter und grundsätzlicher formuliert werden, um thematisieren zu können, was unter Wirksamkeit verstanden wird und auf welchen Ebenen die Reflexion anzusetzen hat. Ziel einer Auseinandersetzung mit dem Begriff der Wirksamkeit schließlich ist es, die aktuelle Diskussion darüber zu erweitern und unterschiedliche Fragestellungen und Zugänge aufzuzeigen, um die im Moment dominante politische Rhetorik einer „Neuausrichtung“ der EZA etwas zu relativieren und mit grundsätzlichen Fragen zur Sinnhaftigkeit von „Entwicklung“ zu konfrontieren. Diese Konfrontation erscheint als der einzige Weg, die aktuelle Krise der internationalen und bilateralen EZA adäquat für eine Weiterentwicklung der Entwicklungsdiskurse zu nutzen.

Das „Evaluation Office“ von UNDP, dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, hat bereits im Jahr 2001 zur Überprüfung der Wirksamkeit der Arbeit von UNDP einen Begriff vorgeschlagen, der für die oben skizzierte grundlegende Reflexion gut geeignet erscheint. UNDP definierte damals die „Wirksamkeit von Entwicklung“ (*development effectiveness*) als Spektrum jener Handlungen, denen es gelingt, sozialen, ökonomischen und politischen Wandel herbeizuführen: „Development effectiveness reflects the extent to which an institution or intervention has brought about targeted change in a country or the life of the individual beneficiary. Development effectiveness is influenced by various factors, beginning with the quality of project design and ending with the relevance and sustainability of desired results“ (UNDP 2001, 11). Wirksamkeit von Entwicklung rückt also nicht etwa einzelne Maßnahmen ins Zentrum der Aufmerksamkeit, sondern den Gesamteffekt sämtlicher Interventionen und Institutionen auf die soziale, wirtschaftliche und politische Realität einer Gesellschaft sowie von Individuen. Der Vorteil dieses Ansatzes ist zweierlei. Die aktuell diskutierte „Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit“ (*aid effectiveness*) der Pariser Erklärung wird im Rahmen der „Wirksamkeit von Entwicklung“ (*development effectiveness*) keineswegs ausgeblendet, aber in einen größeren und letztlich relevanten Sinnzusammenhang gestellt, der auch der Referenzrahmen für die theoretische Debatte zu Sinn und Unsinn von Entwicklungsdiskursen und Entwicklungspolitik sein muss. In diesem Kontext betrachtet ist die Wirksamkeit der EZA ein wesentlicher Unteraspekt eines per se weiter gefassten Fragehorizontes, der dieser Detailfrage überhaupt erst Gewicht gibt. Die Wirksamkeit der EZA ist somit kein Selbstzweck bzw. eine isolierte, auf technisch-praktische Abwicklungsfragen verengte Diskussion (wie dies im Moment in der Hektik um die Umsetzung der Pariser Erklärung der Fall ist), sondern wird rückgebunden an das entscheidende Kriterium der Entwicklungseffekte. Mit anderen Worten sind vor allem zwei Fragen in Bezug auf die konkreten Entwicklungsprozesse und -interventionen zu beantworten: Wurden die unmittelbaren Entwicklungsziele erreicht (die Ebene der „aid effectiveness“)? Und haben diese Ziele den Entwicklungsprozess im Sinne der Definition von UNDP tatsächlich unterstützt (die Ebene der „development effectiveness“)? In den letzten Jahren hat sich die Wirksamkeit von Entwicklung zum Schlüsselbegriff vor allem der multilateralen EZA entwickelt (Quibria 2004, 3), sodass es eher verwundert, dass die Pariser Erklärung weiterhin an „aid effectiveness“ als zentrale Kategorie festhält.

Bevor die Frage der konkreten Definitionen von Wirksamkeit aber erörtert werden kann, ist noch ein Blick auf den Entwicklungsbegriff selbst notwendig. Durch einen kurzen historischen Rückblick wird deutlich, dass wir heute im Entwicklungsdiskurs an einer wesentlichen Zäsur angekommen sind, die insbesondere durch die veränderten geopolitischen und geökonomischen Rahmenbedingungen erklärt werden kann.

2. Was heißt Entwicklung?

Auf der Suche nach einem internationalen Konsens zur Frage, was mit Entwicklung im internationalen Entwicklungsdiskurs eigentlich gemeint ist, hat die internationale Gemeinschaft vor allem seit der Jahrtausendwende und der Formulierung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) zahlreiche Versuche unternommen. Vor dem Hintergrund einer historischen Perspektive des 20. Jahrhundert wird deutlich, dass sich die Definitionsversuche selbst ausdifferenziert haben und heute wesentlich spezifischer versucht wird, Entwicklung zu definieren und damit „messbar“ zu machen. Neben dem Wachstum des Pro-Kopf-Bruttosozialprodukts zählen auch das Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens einer bestimmten Gruppe von Menschen an einem definierten Ort, die nicht einkommensorientierten Faktoren wie Bildung, Gesundheit, Demokratie und Stabilität oder geberorientierte Maßstäbe wie Finanzflüsse im Rahmen der „offiziellen Entwicklungshilfe“ (ODA) oder Bedrohungsminderungen im Bereich Terrorismus, Migration oder Ökologie zu den aktuellen Definitionsmerkmalen von Entwicklung (Kenny 2006, 2f).

Ein Blick in die Begriffsgeschichte von „Entwicklung“ offenbart, dass in seinen historischen Ursprüngen eine Struktur dieses Begriffes grundgelegt ist, die auch heute noch politisch relevant ist. Im Wesentlichen liegen die Anfänge der Entwicklungsrhetorik in der Kolonialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, als man davon ausging, dass die außereuropäischen Gesellschaften Vorstadien der europäischen Entwicklung darstellen. Die europäischen Kolonisatoren interpretierten die kolonisierten Gesellschaften als Anschauungsobjekte ihrer eigenen Vergangenheit (Alam 1999). Die „zivilisierende Mission“ der Kolonisatoren, mit der sie ihre auch gewaltsame Unterwerfung fremder Völker zu rechtfertigen versuchten, ging von einer Dichotomie zwischen den „zivilisierten“ und modernen Kolonialherrschaften auf der einen Seite und den „unzivilisierten“, vormodernen Kolonisierten auf der anderen aus. Daraus ergab sich eine Hierarchie des Wissens und der Erkenntnis von Entwicklung bzw. Modernisierung, die eindeutige Sender und Empfänger kannte. Nach dem Zweiten Weltkrieg und der Phase der Dekolonisation zunächst in Asien und etwas später auch in Afrika wurde die Dichotomie aus „Zivilisierten“ und „Unzivilisierten“ durch diejenige der „Entwickelten“ und „Unterentwickelten“ ersetzt (Ziai 2004, 2-4). Der Hauptgrund für diese begriffliche Veränderung bestand darin, dass der Nationalsozialismus zivilisatorisch-rassistische Weltanschauungen delegitimiert hatte und man daher auf die scheinbar technisch-pragmatischeren Begriffe von Entwicklung und Unterentwicklung zurückgriff. Was jedoch gleich blieb, war, dass Europa das Maß der Dinge blieb und nur unwesentlich in dieser Rolle relativiert wurde. Implizit sind die unterschiedlichen Entwicklungsparadigmen seit den 1950er- und 1960er-Jahren alle entlang dieser Struktur ausgerichtet, auch wenn sich die konkrete Ausformulierung der Entwicklungs-ideen mittlerweile an vermeintlich „objektiveren“ und in jedem Fall detaillierteren Merkmalen orientiert.

Die international wachsende Zustimmung zu Konzepten wie „development effectiveness“ spiegelt eine langzeitliche Entwicklung des Entwicklungsdiskurses wider, die vor allem darin besteht, Gesellschaften in ihrer Vielfalt von Akteuren und Institutionen als Gestalter, aber nach wie vor auch als „Empfänger“ von Entwicklung zu denken. Der Begriff des „ownership“ der Pariser Erklärung zu mehr Wirksamkeit in der EZA artikuliert ebenfalls diesen Anspruch. Entwicklung und Entwicklungsdefizite wurden in den 1950er- und 1960er-Jahren von Entwicklungsökonominnen vorwiegend als Ergebnis mangelnden Kapitals sowie Defiziten auf der Angebotsseite interpretiert, die es den Entwicklungsländern nicht erlauben würden, die Potentiale verstärkter Produktion und Konsumption zu nutzen. In den 1980er-Jahren setzte sich in den international relevanten Institutionen und insbesondere den Finanzinstitutionen die neo-klassische Sichtweise durch, dass ineffiziente Wirtschaftspolitik des Staates zu einer Vielzahl an Marktverzerrungen und falschen Anreizen geführt habe. Die Konsequenz daraus war die Skepsis gegenüber interventionistischer Politik jeglicher Art, ein Abbau der staatlichen Präsenz auch im Sozialbereich und eine radikale Integrationsideologie, die die betroffenen Volkswirtschaften in regionale und weltweite Wirtschaftsdynamiken einschloss.

UNDP interpretiert diese „Ideengeschichte“ von Entwicklung als Fehlentwicklung vor allem in zweierlei Hinsicht (UNDP 2001, 11f): Sowohl die neoklassischen Entwicklungsideen als auch die Entwicklungskonzepte der 1950er und 1960er-Jahre gingen von einer grundlegenden Dichotomie aus Markt und Staat aus, was verhinderte, dass die Wechselwirkungen zwischen beiden entsprechend konkret und im Detail analysiert wurden. Zwar variierten in den unterschiedlichen Ansätzen die Bewertung von Staat bzw. Markt im Hinblick auf ihre entwicklungspolitische Relevanz, die beinahe funktionale Gegenüberstellung der beiden verstellte jedoch den Blick auf die konkreten Interdependenzen, die die soziale, wirtschaftliche und politische Realität einer Entwicklungsgesellschaft determinieren. Der zweite „blinde Fleck“ aus heutiger Sicht ist die Interpretation von Entwicklung als ein technokratisches Problem, also primär als eine technische Herausforderung, die von professionellen „Planern“ über effizientere Ressourcennutzung, verbessertes makroökonomisches Management etc. bewältigt werden soll. Dieses historische Erbe der Entwicklungsideengeschichte gehört keinesfalls zur Gänze der Vergangenheit an. Gewichtige Kritiker der aktuellen Wirksamkeitsdiskussion, wie

sie von der OECD gestaltet wird, verweisen mit Recht auf die strukturellen Eigenschaften der „aid industry“, die nicht nur in den institutionellen wie persönlichen Eigeninteressen der planenden und ausführenden Personen und Einrichtungen bestehen, sondern auch in einer Art kollektiven Identität der „Entwickler“, die sich als technische Planer von Entwicklung in obigem Sinn verstehen und dementsprechend inszenieren (vgl. dazu Easterley 2006). Das Problem besteht aus entwicklungspolitischer Sicht dabei vor allem darin, dass die Einstellung vorherrscht, über adäquate Antworten auf die wesentlichen Entwicklungsfragen zu verfügen, anstatt eben diese Fragen zunächst offen zu stellen, gegebenenfalls zu präzisieren bzw. anders (als bisher) zu stellen und sich auf die forschungsbasierte Suche nach eventuellen Beantwortungen zu machen. Andererseits taucht der Vorwurf der technokratischen Verkürzung von Entwicklungsfragen wiederholt auch im Zusammenhang mit der Pariser Erklärung selbst auf. Insbesondere zivilgesellschaftliche Organisationen kritisieren, dass die Struktur der Erklärung systemische Fragen, darunter auch Fragen der Verteilung, Gerechtigkeit und Menschenrechte, komplett ausblendet und Wirksamkeit (der Hilfe) auf prozedurale Aspekte reduziert, die hinsichtlich der *development effectiveness* aber eine untergeordnete Rolle spielen (vgl. Lavergne/Wood 2006). So gesehen ist die Pariser Erklärung von 2005 kein paradigmatischer Durchbruch in der internationalen EZA, sondern vielmehr die Fortsetzung historischer Tendenzen, die bereits von unterschiedlichen Akteuren, darunter UNDP, als kontraproduktiv interpretiert wurden.

Aus historischer Sicht relativiert sich also nicht nur die Pariser Erklärung zur Wirksamkeit der EZA, sondern auch so manch anderer enthusiastische Befund über das Anbrechen völlig neuer Zeiten im internationalen Entwicklungsdiskurs bzw. in der internationalen Entwicklungspolitik. Begriffe wie „Paradigmenwechsel“ oder „neues Meta-Narrativ“ (Simon Maxwell) wurden dafür strapaziert. Die aktuelle Wirksamkeitsdiskussion findet aber dennoch in einem zumindest graduell weiterentwickelten Kontext statt, der auch die Definition von Entwicklung bzw. die Meinung darüber, was es dafür braucht, betrifft. Nach wie vor „herrschen“ in der internationalen Diskussion sehr unterschiedliche Auffassungen darüber, was Entwicklung ist und wie in Folge dessen auch ihre Wirksamkeit zu beurteilen ist. Ohne die markanten Unterschiede diverser Definitionen leugnen zu wollen, sind dennoch einige Bestimmungsmerkmale des aktuellen Entwicklungsbegriffes für die Beschäftigung mit Definitionen von Wirksamkeit relevant. Schematisch könnte man die Kernelemente des gegenwärtig dominanten Entwicklungsbegriffes wie folgt zusammenfassen:

- Auf der grundsätzlichen, normativen Ebene hat sich der (politische) Entwicklungsdiskurs der internationalen Gebereinrichtungen, Weltbank und der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen bereits von der Idee verabschiedet, ein einziges Grundkonzept von Entwicklung zu entwerfen, das global und für alle Entwicklungsländer gleichermaßen Anwendung findet. Der Aufstieg Indiens und Chinas, die beide sehr unterschiedliche, aber eben nicht klassische, d. h. der herrschenden Entwicklungstheorie nicht entsprechende Entwicklungswege hinter sich haben, hat dazu Entscheidendes beigetragen. Sowohl das staatszentrierte Entwicklungsmodell Chinas als auch die „Entwicklungsdemokratie“ Indiens mit ihrem dynamischen Dienstleistungssektor ohne entsprechend zugkräftige Industrialisierungsbilanz widersprechen dem neoklassischen Modell (vgl. dazu Ramo 2004, 12; Das 2006). Auf der praktischen Ebene jedoch sind diese Homogenisierungstendenzen nach wie vor relevant. Die viel zitierte „Eigenverantwortung“ der „Partnerländer“ für ihre Entwicklungsziele und -strategien basiert ihrerseits auf Prinzipien wie Regionalintegration, Weltmarktrelevanz und staatlicher Minimalismus, die ihre Überzeugungskraft der Definitionsmacht der OECD-Länder verdanken und keinesfalls ihrer polit-ökonomischen Intelligibilität.
- Durchaus im Einklang mit den neoklassischen Ansätzen der 1980er- und 1990er-Jahre rückt das Individuum stärker in das Zentrum der Entwicklungsansätze, und zwar in mehrerer Hinsicht. In Ergänzung zum Fokus auf makroökonomischen Gesamtentwicklungen eines Landes oder sozialen Entwicklungen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen sind

die Rechte und existentiellen Bedürfnisse von Individuen mittlerweile zentrale Zielsetzungen von Entwicklung. Ökonomisch geht es dabei um die Wahlfreiheiten und Wahlmöglichkeiten des einzelnen, deren Herstellung bzw. Vergrößerung sowohl als Voraussetzung als auch als Ergebnis von Entwicklung definiert werden (vgl. Sen 2003 & 2005). Rechtlich ist damit die Durchsetzung ziviler und politischer Freiheiten des einzelnen gemeint, die als Säule der „guten“ und „demokratischen Regierungsführung“ im Entwicklungsjargon existiert (Court 2006). Auch sicherheitspolitisch wurde dazu das Konzept der „menschlichen Sicherheit“ (*human security*) formuliert, die nicht nur Sicherheit im Sinne der Abwesenheit einer Bedrohung meint, sondern menschliche Sicherheit in einem umfassenden, politischen, wirtschaftlichen, rechtlichen, sozialen wie ökologischen Sinn bezeichnet. Der Ansatz hält sich zugute, vor allem die Interdependenz all dieser Facetten von Entwicklung zum Thema zu machen. Maßstab der Beurteilung von Entwicklung ist auch hier das Individuum sowie dessen Bedürfnisse und Wahlmöglichkeiten. Sicherheit insgesamt wird aber im internationalen Entwicklungsdiskurs immer wichtiger, sodass eine „Versicherheitlichung“ (Brock 2007) des Entwicklungsdiskurses eine bereits abzusehende Tendenz ist mit all ihren ambivalenten Konsequenzen.

- Im Gegensatz zur scharfen Dichotomie zwischen Staat und Markt in früheren (Unter-)Entwicklungsdefinitionen konzipiert der aktuelle, vor allem akademische Entwicklungsdiskurs dieses Verhältnis als wechselseitige Interdependenz, deren positiver Entwicklungseffekt, also deren Wirksamkeit, immer deutlicher von funktionierenden öffentlichen Institutionen und staatlichen Einrichtungen abhängig gemacht wird. Funktionierend bedeutet in diesem Zusammenhang vor allem die Existenz von öffentlichen Institutionen, die (weitgehend) frei von Korruption sind, die an den Ergebnissen ihrer Arbeit gemessen und bewertet werden, rechenschaftspflichtig gegenüber dem Souverän sind und dezentralisiert organisiert sind (Maxwell 2005, 2). Die staatsminimalistische Periode der internationalen EZA in den 1990er-Jahren und die teilweise katastrophale soziale Bilanz dieser Jahre hat bewirkt, dass der Entwicklungsbegriff wieder stärker an sozialen Indikatoren wie Bildung oder Gesundheit orientiert wird. Sicherheit als zunehmend relevantes Thema in der EZA wird ebenfalls mit einer Debatte um funktionierende bzw. ausreichende Staatlichkeit verknüpft (Debiel/Lambach 2007) und auch die neuen ökologischen Entwicklungen wie der Klimawandel mit seiner enormen Entwicklungsrelevanz werden im Kontext staatlicher Interventions- und Steuerungspotentiale diskutiert, die nach einer (möglichst raschen) Neudefinition von Staatlichkeit und ihrer Kernkompetenzen verlangen (UNDP 2007, Kapitel 4).
- Der letzte Aspekt des „herrschenden“ Diskurses betrifft die Bewertung von Wachstum als Fundament von Entwicklung. Genau wie in den vorhergegangenen Phasen des internationalen Entwicklungsdiskurses bleibt auch gegenwärtig wirtschaftliches Wachstum die wichtigste Voraussetzung für Armutsreduktion. Es gibt im Moment in der internationalen politischen Diskussion keine Entwicklungsmodelle mit entsprechender Resonanz, die dieses Paradigma infrage stellen und ausformulierte Alternativkonzepte zur Verfügung stellen. Die akademische Diskussion kreist lediglich um die genauen Zusammenhänge zwischen Wirtschaftswachstum und einzelnen Entwicklungsindikatoren (vgl. Roodman 2007). Darauf wird weiter unten noch einzugehen sein. Als Grundvoraussetzung für Entwicklung und damit als Maßstab für die Wirksamkeit von Entwicklung ist jedoch eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik weiterhin anerkannt.

Die Definition von Entwicklung und die Beantwortung der Frage, was Wirksamkeit eigentlich meint, stehen in einem engen Zusammenhang. Was folgt ist ein Überblick über unterschiedliche, zum Teil sehr kontroversiell diskutierte Zugänge sowohl zur Definition von Wirksamkeit als auch von Entwicklung. Die oben angeführten Aspekte des aktuellen Entwicklungsdiskurses dienen dabei als Rahmen, innerhalb dessen die Diskussion über Wirksamkeit und Unwirksamkeit stattfindet.

3. Was bedeutet Wirksamkeit und wie soll sie gemessen werden?

3.1. Wirksamkeit als (Macht-)Frage des Geber-Empfänger-Verhältnisses

Am Beispiel des gegenwärtig exzessiv zitierten Prinzips des „ownership“, also der Eigenverantwortung und auch Eigenkompetenz der Entwicklungsländer für ihre Entwicklungsprioritäten wie -strategien schildert Franz Nuscheler das Problem der Diskrepanz zwischen gut gemeinter politischer Rhetorik und tatsächlich guter Politik im Sinne entwicklungspolitischer Zielsetzungen. Der Fall des „ownership“, das erste und wichtigste Prinzip der Pariser Erklärung, demonstriert, dass die Rhetorik von Kooperation und Partnerschaft im internationalen Entwicklungsdiskurs bereits daran scheitert, dass die wesentlichen Kriterien, Modelle und Verfahren, die zu deren Einschätzung und Implementierung angewandt werden, von den Geberstaaten selbst definiert wurden und damit implizit eine Hierarchie widerspiegeln, die nicht erst das Ergebnis, sondern bereits die Voraussetzung von Entwicklungsprozessen ist: „Die Frage der Wirksamkeit der EZ (i.e. EZA, CS) muss also in eine Analyse komplexer Geber-Nehmer-Interaktionen eingeordnet werden“ (Nuscheler 2008, 15).

Die Analyse dieser Interaktionen als Grundlage einer Annäherung an die Wirksamkeitsdiskussion wirft unmittelbar die Frage auf, welche Konstellationen von Macht in den internationalen Verhältnissen herrschen und wie sich diese Machtverhältnisse konkret auf die Interaktionen von Gebern und Empfängern in der Entwicklungspolitik auswirken. Es geht also nicht nur um ökonomische und politische Macht, sondern auch um Definitionsmacht, die die Kategorien bestimmt, die als Definitionen und Beurteilungsmaßstäbe von Entwicklung selbst und ihre Wirksamkeit „herrschen“. Etwas systematischer können vier Typen von Macht unterschieden werden (Nolte 2006, 15f), die alle eine entwicklungspolitische Relevanz besitzen:

- Kompulsive Macht bezeichnet die direkte Kontrolle eines Akteurs über einen anderen bzw. die Wirkungen, die ein Staat im Verhalten eines anderen Staates erzielt. In Bezug auf die internationalen Verhältnisse wird diese Art von Macht am ehesten mit historischen Formen der Machtausübung wie dem Kolonialismus oder der Treuhänderschaft identifiziert. Kompulsive Macht spielt aber auch in den aktuellen Nord-Süd-Beziehungen eine wesentliche Rolle, da sie nicht nur materielle Ressourcen und deren Kontrolle betrifft, sondern auch symbolische Ressourcen, zu denen auch Definitions- und Formulierungsgewalt zählen.
- Die institutionelle Macht hingegen ist eine indirekte Einflussnahme, die sich insbesondere über (formale wie informelle) Regeln, Verfahren und institutionalisierte Prozesse vermittelt. In Bezug auf die Nord-Süd-Beziehungen ist die OECD als Gebergemeinschaft in dieser Lesart mit globalpolitischem, normativem Anspruch als Gestalterin der Geber-Empfänger-Beziehungen eine Form institutioneller Macht und die Pariser Erklärung dementsprechend ein Dokument dieser Machtform, die auch die Kriterien für Wirksamkeit vorgibt.
- Strukturelle Macht wird über soziale Beziehungen und Prozesse ausgeübt und definiert die Position der einzelnen Akteure in einem übergreifenden strukturellen Setting und damit auch zu einander. Wirtschaftliche Austauschbeziehungen und Austauschhierarchien spielen dabei eine wesentliche Rolle, die beispielsweise der EU in den Verhandlungen der Economic Partnership Agreements (EPAs) eine Hegemonieposition einräumen, die sowohl den Verhandlungsverlauf als auch die Ergebnisse implizit determiniert.
- Schließlich bezeichnet die produktive (bzw. diskursive oder ideologische) Macht die „subjektive Konstituierung sozialer Subjekte (und Kompetenzen) durch Wissen und diskursive Praktiken“ (Ebda, 16). In den Beziehungen zwischen Gebern und Empfänger der Entwicklungshilfemittel ist die Wissenshierarchie eine Struktur, die für rasch wachsende Ungleichheit und Hierarchie sorgt. Diskurse zu Entwicklung und ihrer Wirksamkeit definieren aber nicht nur die Maßstäbe und zentralen Kategorien, nach denen politisch und ökonomisch gehandelt wird, sondern konstituieren die sozialen Subjekte selbst. Zuschreibung

gen wie „Empfänger“, „wirksame“ oder „unwirksame“ Entwicklungsstrategien, „ownership“ übersetzt als „Eigenverantwortung“ konstituieren Handlungssubjekte und ihre Handlungskompetenzen bzw. Verantwortungen, die in sich Marginalisierungsdynamiken enthalten, obwohl sie explizit emanzipatorisch anmuten.

Im Kontext der Wirksamkeitsdiskussion ist die Machtfrage als Charakteristikum der Geber-Empfänger-Beziehungen zusammenfassend in zweierlei Hinsicht relevant. Die Definition und Beurteilung von Wirksamkeit bzw. Entwicklung findet im Rahmen von Machtstrukturen statt, die man einerseits als Beziehungsformen verstehen sollte. Im internationalen politischen Entwicklungsdiskurs werden Ziele, Autorität und Konsens in der Regel als gegebene, meist objektivierte Größen betrachtet, basierend auf der Prämisse, diese wären das Verhandlungsergebnis im Prinzip gleichwertiger Partner. Insbesondere die Beschlüsse der UN-Generalversammlung suggerieren, es gäbe einen Konsens darüber, was auf welche Weise im Sinne von Entwicklung getan werden müsste (Hyden 2008, 262f). Tatsächlich sind die zentralen Kategorien, auch die Wirksamkeit der „Hilfe“, das Ergebnis von Definitionsmacht, die sich aus machtvollen Beziehungen als latente Größen herleitet. Andererseits geht es bei diesen Machtkonstellationen sehr wohl um Machtressourcen und Kapazitäten im ökonomischen Sinn (Menocal/Mulley 2006, vii), die zwar die Effekte von entwicklungspolitischen Maßnahmen zentral beeinflussen, in der Pariser Erklärung aber nicht berücksichtigt werden. Die neue *aid architecture* insgesamt mit ihren Kernanliegen der Armutsreduktion, „Eigenverantwortung“ und Partizipation thematisiert bislang kaum die zugrunde liegenden Machtkonstellationen, was aber unumgänglich wäre, würde es die internationale Gebergemeinschaft und ihr institutioneller Unterbau mit diesen Zielsetzungen tatsächlich ernst meinen (vgl. Tan 2005, 14). Das Prinzip der „wechselseitigen Rechenschaftspflicht“ in der Pariser Erklärung ist ein Kristallisationspunkt dieses Dilemmas. Die tatsächliche Durchsetzung eines solchen Anspruches vor allem auf Geberseiten macht eine Einhegung der Macht der Machtvollen notwendig, die bislang nicht in Sicht ist (vgl. de Renzio 2006). Die Pariser Erklärung hat daher den wahrscheinlichen Effekt, bestehende Machtstrukturen zu bestätigen bzw. durch alternative Legitimierung im Namen der „Eigenverantwortung“ eher noch zu vergrößern (vgl. Bissio 2007, 4). Mit „globaler Partnerschaft“ hat dies wenig zu tun.

3.2. Wirksamkeit in den Definitionen internationaler Akteure

Die Diskussion zu Wirksamkeit von entwicklungspolitischen Interventionen wird im Moment aus unterschiedlichen Gründen heftig geführt. Die wachsende Konkurrenz unter den Entwicklungsakteuren (auch mit neuen Gebern), international relevante Krisenfälle im Zusammenhang mit Staatsversagen und eine allgemeine Legimitationskrise der EZA sind einige davon. Faktum ist, dass das Kriterium der Wirksamkeit im Sinne von Effizienz und Selektivität immer stärker zu einem Normativ und in weiterer Folge auch zu einem Entscheidungskriterium für entwicklungspolitisches Engagement wird (Quibria 2004, 11f). Abgesehen von der Pariser Erklärung von 2005 gibt es zahlreiche Zugänge zu diesem Kriterium der Wirksamkeit, die teilweise stark divergieren.

Um Wirksamkeit überhaupt messen oder beurteilen zu können, braucht es zum einen ein möglichst umfassendes und räumlich spezifiziertes Set an Indikatoren von Entwicklung sowie zum anderen die Fähigkeit, Kausalitäten zwischen einzelnen Interventionen und Entwicklungsprozessen herzustellen (UNDP 2001, 13). Zweites ist Gegenstand heftiger akademischer und politischer Kontroversen, und zwar insofern, als es notwendig ist, eine Unterscheidung zu machen zwischen Korrelation und Kausalität (Roodman 2007, 8). Entwicklungstheoretiker und Ökonomen sind relativ leicht davon zu überzeugen, Korrelationen zu beobachten. Bei der kausalen Rückführung dieser Korrelationen auf einzelne Maßnahmen scheiden sich aber sehr bald die Geister. Es geht also dabei um das Problem der Zuschreibung (Bourguignon/Sundberg 2007, 2). Die internationalen Organisationen und nationalen Geber verwen-

den aber unterschiedliche Maßstäbe, dieses Problem zu umgehen und trotzdem Kriterien der Wirksamkeit zu erhalten.

Die britische Entwicklungsagentur DFID unternahm im Jahr 2005 eine relativ umfassende Studie zur Interpretation der Pariser Erklärung in Südostasien. Dabei stellte sie fest, dass vor allem die „neuen Geber“ wie China, Thailand und Malaysia alternative „Weltanschauungen“ in die Diskussion einbringen, die zum Teil stark von der OECD und ihren Definitionen abweichen (Beloe 2005, 9). Japan zum Beispiel betrachtet nach Aussagen eines japanischen Diplomaten die Pariser Erklärung „als Ergebnis einiger bitterer Erfahrungen der Europäer in Afrika“. Im Gegensatz dazu setze die japanische EZA weiterhin stark auf nationale Sichtbarkeit, auf Anpassung an Regierungsagenden und auf eine positive Bewertung der Vielfalt an Geberstrategien, die zu mehr Auswahl führt. Die Japaner hätten bislang keine eindeutige Strategie zu Geberharmonisierung und würden sich einerseits (auf als *lead donor*) einbringen, in anderen Fällen davon aber distanzieren und darin kein Allgemeinrezept erkennen (Ebda, 13f).

Für das bereits erwähnte UNDP besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen „*development effectiveness*“ und „*organisational effectiveness*“: „Whereas measuring development effectiveness is an exercise in tracking progress towards development goals, organisational effectiveness requires measuring progress towards time-bound objectives that an organisation sets for itself. The distinction leaves considerable room for overlap, but it is a distinction that needs to be maintained“ (UNDP 2001, 9). Die DFID hat 2007 die Wirksamkeit von UNDP als einem der wichtigsten internationalen Entwicklungsakteure genauer unter die Lupe genommen (DFID 2007). Interessant ist daran weniger das konkrete Ergebnis als vielmehr die Leitfragen, die DFID dabei gestellt hat:

- „*Is UNDP building for the future?*“ Welches Bekenntnis existiert bei UNDP zu kontinuierlichen internen Reformen und Weiterentwicklung und wie wird dieses Bekenntnis umgesetzt? Wie werden gemachte Erfahrungen aufgearbeitet, wie wird ergebnisorientiert gearbeitet, wie werden die Kapazitäten der MitarbeiterInnen weiterentwickelt?
- „*How well is UNDP managing its resources?*“ Wie ist das Verhältnis zwischen verwendetem und geplantem Budget? Nach welchen Kriterien werden die Mittel zugewiesen und wie stehen diese Kriterien im Zusammenhang mit den identifizierten Stärken der Organisation? Wie überzeugend ist die „*corporate governance*“?
- „*How well is UNDP managing its partnerships?*“ Inwiefern und auf welche Weise werden externe Partner (Staaten, Zivilgesellschaft etc.) anerkannt und einbezogen?
- „*What do we know about UNDP's Country/Global Results?*“ Hier ging es vor allem um das Wissen über den *impact*, also die langfristigen, gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen der UNDP-Maßnahmen, die schwer, aber in einigen Tendenzen doch zu eruieren waren. DFID stellt fest, dass UNDP erst 2006 Indikatoren für die Qualitätsmessung seiner Programme aufgestellt hat. An Mängeln wird notiert, dass UNDP „zu viel“ seiner Hilfe in Form von Projekten oder technische Hilfe abwickelt anstatt als Programmhilfe oder Budgetzahlungen (Ebda, 7). Diese Bewertungsgrundlage als Maßstab für Wirksamkeit liegt also im internationalen, von der OECD bestimmten Trend. Der globale *impact* von UNDP besteht vor allem in einer „Stimulierung der öffentlichen Debatte“ und im Monitoring des MDG-Prozesses.

Die „Independent Evaluation Group“ der Weltbank nahm in einer umfangreichen Studie im Jahr 2006 die Implementierungspraxis der Bank unter die Lupe und überprüfte, wie es mit der Wirksamkeit ihrer entwicklungspolitischen Maßnahmen bestellt ist. Maßstab war dabei „der Beitrag zur Armutsminderung, der über die Fragen der Abwicklung von Entwicklungszusammenarbeit hinausgeht“ (IEG 2006, vii). Ziel war es also, die Ergebniskette, also die konkreten Kausalitäten herauszufinden, die sich hinter bloßen Korrelationen unterschiedlicher

Entwicklungen befinden, zu illustrieren. Man fand heraus, dass Armutsreduktion das Ergebnis eines Bündels von Errungenschaften wie nachhaltiges Wachstum, Verteilungspolitik und Zugang zu sozialen Dienstleistungen ist. Wirksame Interventionen im Sinne der Armutsreduktion zeichnen vier Kriterien aus:

- Sie haben einen zweifachen Fokus besteht aus einer Konzentration of wachstumsfördernde Maßnahmen sowie Maßnahmen, die den Armen eine entsprechende Teilhabe am Wachstum ermöglichen.
- Zweitens basieren diese Interventionen auf einer gut informierten Auswertung des politischen Willens und der Aufnahmekapazität des Empfängers, entsprechende Ergebnisse zu erreichen, und beteiligen sich aktiv am Aufbau dieser Kapazitäten.
- Sie kombinieren drittens langfristiges Engagement mit kurzfristigen Zielsetzungen.
- Und sie fördern viertens verbesserte Transparenz und lokale Kontrolle öffentlicher Institutionen (Ebda).

Die Detailauswertung der Weltbankaktivitäten brachte zutage, dass nur ein kleiner Anteil der Projekte der Bank selbst im Hinblick auf diese Kriterien als „wirksam“ einzuschätzen ist. Der Bank gelang es demnach weder, durchgehend nachhaltiges Wachstum zu fördern noch die Partizipation der Armen am vorhandenen Wachstum – dort wo erzielt – zu steigern. Die institutionelle Struktur der Bank ist zudem nicht geeignet, eine weitere Notwendigkeit für die Umsetzung dieses Wirksamkeitskatalogs zu erfüllen, nämlich die effektive Kooperation mit anderen Institutionen und Gebern zu fördern (Harmonization Unit World Bank 2006; IEG 2006, ix).

Ein illustratives Beispiel eines nationalen Gebers in Bezug auf Wirksamkeit und deren Definition ist Australien. Das australische Office of Development Effectiveness (ODE) überprüft die EZA seines Landes jährlich im Hinblick auf drei Aspekte: Aktivität, Programm und Prozess (AusAid 2007). Auf der Aktivitätsebene untersucht ODE, ob die australische EZA die unmittelbaren Zielsetzungen der Einzelaktivitäten erreicht hat. Die Programmebene evaluiert Länderprogramme insgesamt, was schwieriger ist, das Instrumentarium dafür noch nicht ausgereift ist. Schließlich definiert sich Wirksamkeit „auf australisch“ über die Art und Weise, wie die EZA insgesamt umgesetzt wird. Im Wesentlichen sind damit die Pariser Prinzipien der Harmonisierung und Anpassung gemeint, enthalten also keine neuen Ansätze. Dennoch hat die australische Regierung in den letzten Jahren ihr Berichtswesen zu Wirksamkeitsfragen deutlich ausgeweitet und stellt nun jährlich öffentliche Berichte anhand vier Methodenebenen zu Verfügung: eine Auswertung der Qualität der Aktivitäten; eine Evaluierung der Länderprogramme; ein Bericht zu den sektorellen und thematischen Programmen und eine Analyse der Länderstrategien.

3.3. Wirksamkeit als ökonomisches Wachstum

Der Großteil der traditionellen Literatur zum Thema Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit kommt aus der Ökonomie und umfasst im Wesentlichen Studien über den Zusammenhang von volkswirtschaftlicher Bilanz der Länder des Südens und externer entwicklungspolitischer Intervention im weitesten Sinn. Dabei hat sich der Schwerpunkt derartiger Studien in den letzten drei bis vier Jahrzehnten verschoben. Stand zunächst die Frage im Mittelpunkt, welche Auswirkungen die EZA auf die Sparquoten und die Investitionsraten hat bzw. haben kann, so wird in den vergangenen Jahren vor allem nach den Auswirkungen auf das Wachstum gefragt, wobei in weiterer Konsequenz auch die spezifisch armutsrelevanten Eigenschaften des Wachstums im Zentrum stehen (Quibria 2004, 5f). Vor allem die zivilgesellschaftliche Kritik an der traditionellen Wachstumsfixierung etwa der Weltbank hat zu dieser Korrektur beigetragen und hinterließ im internationalen Entwicklungsdiskurs eine deutliche Skepsis gegenüber wachstumsorientierten Entwicklungsdefinitionen. Etwas anders for-

muliert gibt es gegenüber dieser Wachstums Skepsis jedoch selbst Skepsis anzubringen. Die Fixierung auf Wachstums- und Investitionsraten trug zu einer politisch und sozial katastrophalen Bilanz insbesondere im „verlorenen“ Jahrzehnt der 1980er- und auch der 1990er-Jahre bei. Dennoch bleibt ein wesentliches Problem der (gemessen am Einkommen) „unteren Milliarde“, dass sie praktisch kein ökonomisches Wachstum zur Verfügung hatte. Diese Milliarde Menschen hat insgesamt nur rund ein Fünftel des Einkommens der Bevölkerung der anderen Entwicklungsländer zur Verfügung (Collier 2007, 10f). Die Diskussion über nachhaltiges und armutsrelevantes Wachstum ist berechtigt. Gleichzeitig muss berücksichtigt werden, dass es bei der wirtschaftlichen Bilanz dieser „unteren Milliarde“ der letzten zwei Jahrzehnte nicht um falsches Wachstum geht, sondern um die Tatsache, dass überhaupt kein Wachstum zur Verfügung stand, das als Voraussetzung von Armutsreduktion fungieren hätte können. Die Frage von Wirksamkeit von Entwicklung als Wachstumsermöglichung bleibt also relevant und gehört nach wie vor zum Kernbereich der Entwicklungsdiskussion.

Eine systematische Zusammenschau der empirischen Literatur über das Verhältnis von „Hilfe“ und Wachstum ergibt im Wesentlichen drei Befunde, die zusätzlich entwicklungspolitisch interpretiert werden müssen und nicht einfach für sich stehen (Radelet 2006). Die erste Gruppe von Ökonomen kommt zum Schluss, dass es einen positiven Zusammenhang zwischen EZA und Wachstum gibt, und zwar durch einen Anstieg der Investitionen, der Sparquote und des zur Verfügung stehenden Kapitals insgesamt. Weiters soll die EZA den Transfer von Wissen und Technologie fördern und die Produktivität durch Investitionen in Gesundheit und Bildung steigern. Die zweite Gruppe von Befunden unterstellt keinerlei oder sogar einen negativen Zusammenhang. EZA trägt zur Verschwendung von Mittel bei, hilft ineffizienten Regierungen, sich länger an der Macht zu halten und reduziert wirtschaftliche Eigenanstrengungen. Drittens schließlich gibt es zahlreiche Studien, die einen positiven Zusammenhang unter gewissen Voraussetzungen erkennen. Die Art der EZA, das Wesen der Empfängerregierung und die Geberstrategien sind wichtige Determinanten der Wirkung verstanden als Wachstum (Ebda, 10f). Freilich gilt gegenüber diesen vieldeutigen Ergebnisse ökonomischer Befunde ein entscheidender Einwand, nämlich dass es sich dabei in allen Fällen um Makroanalysen handelt, die über die Effekte von EZA auf der Mikroebene geschweige denn der individuellen Ebene wenig bis gar nichts aussagen. Auch die Rückkoppelung von Wachstumseffekten auf soziale Indikatoren ist kein inhärentes Wesensmerkmal dieser ökonomischen Studien, sodass die eigentlich armutsrelevante Dimension der Wachstumsbilanz erst zusätzlich erschlossen werden muss. Auch methodisch wird dazu Kritik geäußert. Es gibt international keine standardisierte Art und Weise, wie empirische Modelle länderspezifisch angepasst werden können, um die Effekte von EZA in Bezug auf die wirtschaftliche Bilanz im lokalen Kontext analysieren zu können. Die Wissenschaft bedient sich dabei Ad-hoc-Adaptierungen, die die Vergleichbarkeit der Studien beeinträchtigt und es somit schwierig machen, sowohl nationale wie internationale politische Schlussfolgerungen daraus zu ziehen (Quibria 2004, 17). Sicher ist hingegen, dass der Zusammenhang zwischen EZA und Wachstum einerseits und zwischen Wachstum und Armutsminderung andererseits lokal höchst unterschiedlich sein können, sodass es notwendig ist, diese Zusammenhänge und ihre politischen Konsequenzen jeweils spezifisch zu thematisieren.

3.4. Wirksamkeit als Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele

Noch 2004 hat die Weltbank in ihrem Global Monitoring Report vorgerechnet, dass die Entwicklungsländer ein Mehr an 30 Mrd US \$, bei entsprechend konsequenten institutionellen Reformen sogar 50 Mrd US \$ durchaus zweckdienlich absorbieren könnten. Zweckdienlich meinte in diesem Kontext, dass diese Finanzmittel aus externer Hilfe zu entsprechenden Wachstumsraten und Einkommenssteigerungen führen würden. Wachstum und Einkommenssteigerung waren damals noch aus Sicht der Weltbank die Schlüsselindikatoren für wirksame Hilfe. Andere Aspekte gesellschaftlicher Entwicklung wie Konsumquote, Lebenserwartung oder Zugang zu besserer Bildung wurden seither massiv in die internationale Be-

wertung von EZA eingebracht (vgl. Kenny 2006, 17). Eine grundsätzliche Schwierigkeit, die Wirksamkeit der EZA zu messen, besteht aber gerade darin, dass sie mit einem „violdimensionalen Zielsystem“ (Nuscheler 2008, 11) operiert, das entsprechend viele und sehr heterogene Indikatoren notwendig macht, um ein entsprechend adäquates Bild ihrer Effekte zu bekommen. Die Millenniums-Entwicklungsziele sind eine produktive, wenn auch defizitäre Maßnahme, dieser Violdimensionalität gerecht zu werden und somit eine Definition für Wirksamkeit international operabel zu machen.

Seit der Formulierung dieser Ziele im Jahr 2000 sind die MDGs zur Software der internationalen Entwicklungskooperation geworden, zum Kernelement eines neuen „Meta-Narratives“ (Maxwell 2005, 3) von Entwicklung. In den Geberstaaten wurden die MDGs als Wirksamkeitskriterien in die nationalen EZA-Strategiepapiere eingebaut. Das deutsche BMZ etwa formulierte den Zusammenhang zwischen Wirksamkeit und MDGs 2005 unter der Überschrift „Orientierung auf Wirkungen“ folgendermaßen: „Die mit den MDGs gesetzten Ziele, Unterziele und Indikatoren bedeuten, dass erfolgreiche Entwicklungspolitik an den erzielten Wirkungen gemessen werden soll. Alle Staaten – Entwicklungsländer wie Geber – sind aufgefordert, die angestrebten Ziele gemeinsam anzugehen, ihre Anstrengungen zur Messung und Darstellung der tatsächlich erzielten Wirkungen zu verstärken und ihre Verfahren zu harmonisieren und zu vereinfachen. Wird dieser Ansatz konsequent umgesetzt, wird er zu einem erheblichen qualitativen Sprung in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit führen“ (BMZ 2005, 9). Binnen kurzer Zeit waren die MDGs auch im Süden in die wesentlichen handlungsleitenden Papiere eingearbeitet. Bereits 2003 war die große Mehrheit der *Poverty Reduction Strategy Plans* (PRSPs) so formuliert, dass sie konsistent mit den MDGs waren. Im Hinblick auf die konkreten Zielvorgaben waren diese PRSPs vor allem in den Bereichen Unterernährung sowie Zugang zu Bildung und sauberem Wasser ambitionierter als die MDGs. In Bezug auf die Kinder- und Müttersterblichkeit, zwei nur langfristig und für die staatliche EZA schwieriger umzusetzende Ziele, jedoch meist weniger ambitioniert (Radelet 2004, 5). Auf jeden Fall aber setzt die internationale Gemeinschaft seit 2000 Wirksamkeit von Entwicklung in hohem Maße mit diesen MDGs gleich. Angesichts der regional sehr trüben Erfolgsaussichten bis zum Jahr 2015 ist die Bindung von Wirksamkeit an die MDGs nicht einfach nur eine weitere Episode an unerreichten Zielsetzungen der internationalen EZA, sondern eine wesentliche Infragestellung von Wirksamkeit überhaupt. Als solche sollten die Defizite des Umsetzungsprozesses bzw. das Scheitern der MDGs auch thematisiert werden.

Die bisherige Praxis der Wirksamkeitsmessung in Bezug auf die MDGs und soziale Entwicklungen im Allgemeinen ist unbefriedigend und spiegelt keinesfalls die politische Hektik rund um das Thema der Wirksamkeit wider. Der Fokus weg von Wachstum und Einkommenssteigerungen hin zu sozialen Indikatoren macht eine andere (wissenschaftliche) Überprüfungs-kultur notwendig, die erst in Ansätzen sichtbar ist. Um den impact einzelner oder gebündelter Maßnahmen zu beurteilen, ist ein anderes Typus von Wissen im Entwicklungsdiskurs gefragt, nämlich die Einsicht in die Auswirkungen von Programmen und Interventionen auf die (vor allem sozialen) Rahmenbedingungen der menschlichen Existenz wie der Status der Gesundheit, das Haushaltseinkommen und dessen Verteilung, Bildungsergebnisse usw., die diese Programme vorgeben zu verändern. UN-Organisationen, multilaterale Entwicklungsbanken oder Regierungen der Empfänger- und Geberstaaten legen nach wie vor zu wenig Augenmerk auf die Frage, welche Interventionen sich langfristig unter welchen Voraussetzungen auf welche Art und Weise unter welchen Kosten auf die soziale Wirklichkeit der Zielgruppen auswirken (Center for Global Development 2006, 2).

Sowohl die MDGs als auch die Pariser Erklärung zur Wirksamkeit der EZA lassen einen wesentlichen Aspekt von Entwicklung außer Acht, der in einer breiter und grundsätzlicher angelegten Wirksamkeitsdiskussion einbezogen werden sollte. Im Dezember 1986 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Resolution verabschiedet, in der das „Recht auf

Entwicklung“ (*right to development*) als ein unveräußerliches Menschenrecht bezeichnet wurde, „of which every human person and all peoples are entitled to participate in, contribute to, and enjoy economic, social, cultural and political development, in which all human rights and fundamental freedoms can be fully realized“ (Article 1). Mit Entwicklung (und ihrer Wirksamkeit) realisieren die Betroffenen also ein fundamentales Menschenrecht, dessen Einforderung vor der internationalen Gemeinschaft kein Ersuchen um einen Gnadenakt darstellt, sondern einen Rechtsanspruch. Auf diese Weise betrachtet ist die Wirksamkeit von Entwicklung integraler Bestandteil der internationalen Menschenrechtsagenda und rückt als solcher ins Zentrum des globalen Völkerrechtsbestandes, der eine entsprechende politische und rechtliche Gewichtung hat. Um allen Beteiligten, Empfänger- wie Geberregierungen, klar zu machen, von welcher Relevanz die Wirksamkeitsfrage ist, ist die Annäherung an diese Frage als Rechtsanspruch notwendig, die zudem den Vorteil hat, bisherige Engführungen in der Diskussion zu korrigieren. Die Pariser Erklärung selbst hat vom Standpunkt des „Rechts auf Entwicklung“ aus gesehen nicht nur die Eigenschaft, wenig hilfreich zu sein, sondern birgt in sich sogar das Potential, dieses Recht weiter zu unterminieren (Bissio 2007, 9ff; vgl. auch Foresti/Booth/O’Neil 2006). Die Erklärung negiert die Relevanz von Menschenrechten als Referenzrahmen von Wirksamkeit und verhindert damit entgegen ihrer Rhetorik eben jenes *ownership*, das sie selbst als erstes und grundlegendes Prinzip formuliert.

3.5. Wirksamkeit als „Bekenntnis zu Entwicklung“

Das US-amerikanische Center for Global Development (CGD), das 2001 gegründet wurde, hat einen eigenen Index entworfen, der einen alternativen, weil stark erweiterten Begriff von Wirksamkeit enthält. Der „Commitment to Development Index“ (CDI) konzentriert sich nicht auf die Effekte von Entwicklungspolitik auf die Entwicklungsländer, sondern stellt Kriterien zur Verfügung, mit denen das tatsächliche Engagement der reichen OECD-Staaten in Bezug auf entwicklungsfördernde Maßnahmen eingeschätzt werden soll (Center for Global Development 2007). Der Index beruht auf der auch in Europa zunehmend intensiver diskutierten Einsicht, dass die Kohärenz sämtlicher Politikbereiche, die in den Nord-Süd-Beziehungen eine Rolle spielen, eine zentrale Voraussetzung für Wirksamkeit darstellt. Es geht also nicht um direkte Wirksamkeit entwicklungspolitischer Maßnahmen, sondern um nicht weniger relevante Voraussetzungen dieser Wirksamkeit. Vor allem im Vergleich zur Pariser Erklärung, die trotz aller Rhetorik der Geberverpflichtungen vorwiegend Verbindlichkeiten für Empfängerregierungen formuliert, ist der Index eine interessante Ergänzung.

Der CDI bewertet insgesamt 21 Geberstaaten, darunter auch Österreich, nach folgenden Kriterien:

- Quantität und Qualität der ODA-Mittel: Zur Beurteilung der Qualität der Hilfe zieht das Center for Global Development den Grad der gebundenen Hilfe heran sowie die Empfängerländer, die nach Korruption und realer Armut gereiht werden. Je weniger korrupt und ärmer ein Empfängerland des Geberstaates ist, desto besser die Bewertung des Geberverhaltens. Führend sind hier wenig überraschend die skandinavischen Länder, Österreich liegt im hinteren Drittel.
- Handelspolitik: Der Index bewertet im Bereich Handel Agrarsubventionen und protektionistische Maßnahmen, also den Grad der Offenheit für Exporte aus Entwicklungsländern insbesondere in jenen Produktparten, die für die Handelsstruktur der Länder des Südens besonders relevant sind. Besonders schlecht schneiden in dieser Sparte aufgrund hoher Tarife für Fleischimporte die Schweiz und Norwegen ab, Japan hat sich in den vergangenen Jahren am meisten verbessert.
- Politiken, die Investitionsverhalten beeinflussen: Der Index basiert bei diesem Kriterium auf einer Checkliste von Politiken, die ausländische Direktinvestitionen und Portfolio-Investitionen positiv beeinflussen. Je aktiver ein Geberland darin ist, umso besser aus

Sicht des Index. Österreich schneidet hier besonders schlecht ab, da es die Investitionen von Pensionsfonds in Entwicklungsländern einschränkt.¹

- Migrationspolitik: Am besten bewertet werden reiche Staaten, die für Migration besonders offen sind. Österreich ist hier Spitzenreiter (sic!), gemessen an Migranten pro Einwohner.²
- Sichtbare Verantwortung für globale Umweltfragen: Der CDI bewertet dabei die politischen Bestrebungen, die Ausbeutung der globalen, gemeinsamen Güter zu reduzieren. Norwegen führt diese Liste an.
- Sicherheitspolitik: Gutgeheißen werden Beteiligungen an „Peacekeeping Missions“, wobei neben dem UN-Sicherheitsrat auch die NATO (sic!) als Legitimation zählt. Negativ bewertet werden hingegen Waffenexporte in nicht-demokratische Staaten.
- Unterstützung und Verbreitung neuer Technologien: Restriktive Patentpolitik wird als negativ für die Entwicklungschancen des Südens gesehen, Subventionen für Forschung und Entwicklung hingegen als positiv.

Insgesamt liegt Österreich in dieser Bewertung, die einige entwicklungspolitisch zweifelhafte Maßstäbe für Wirksamkeit enthält, im Mittelfeld; die Niederlande und Dänemark sind Spitzenreiter. Interessant ist auch die Entwicklungstendenz innerhalb dieses Rankings. Seit 2003 haben sich Spanien, Japan und Irland stark verbessert; die Schweiz oder Dänemark hingegen deutlich verschlechtert. Österreich liegt dabei exakt auf Linie, hat sich also weder verschlechtert noch verbessert.

3.6. Wirksamkeit auf der Mikro-Ebene der Projekte

Schließlich ist die Wirksamkeit und ihre Definition kein ausschließlich globaler oder auch nur nationaler Begriff, sondern vor allem ein Thema, dass die lokale und auch individuelle Lebenswirklichkeit betrifft. Projektarbeit und insbesondere zivilgesellschaftliches Engagement hält sich selbst zugute, neben dem Beitrag zur politischen Kultur der Empfängerländer diese Lebenswirklichkeit von Individuen, Familien und lokalen Gemeinschaften zu verbessern und auf dieser Weise armutsrelevant „wirksam“ zu sein. Um eine Gesamtbild dieser Mikro-Wirksamkeit zu erhalten, wurden von den internationalen entwicklungspolitischen Akteuren wie etwa UNDP oder der Weltbank in den vergangenen Jahren einige relevante Untersuchungen angestellt, die ein sehr heterogenes Bild bieten. 2005 wurde auf breiter Basis der *impact* von NGOs anhand der Indikatoren Kindersterblichkeit und Alphabetisierungsrate gemessen. Man kam zum Schluss, dass NGOs auf der Mikro-Ebene sehr spezifische komparative Vorteile haben, insbesondere bei der Senkung der Kindersterblichkeit, da sie die in diesem Bereich kritische Mittelallokation effizienter gestalten als der Staat. Gerade die Ebene der Familien und lokalen Gemeinschaften spielt dabei eine wesentliche Rolle, auf der NGOs wirksamer sind als Staaten (Masud/Yontcheva 2005; vgl. dazu auch Six 2007). Andererseits kam die „Independent Evaluation Group“ der Weltbank 2006 zum Schluss, dass im Zeitraum 2001-2005 22 % der in Afrika implementierten Projekte nicht zufrieden stellende Ergebnisse (*outcomes*) aufwiesen und rund 20 % keinen dauerhaften Effekt erzielen konnten, also in dieser Hinsicht unwirksam waren (IEG 2006).

¹ Wie diese Einschränkung allerdings entwicklungspolitisch und vor allem volkswirtschaftlich aus Sicht der Länder des Südens zu bewerten ist, darüber sagt der Index natürlich nichts aus.

² Das Center for Global Development kommentiert, dass es unter Berufung auf empirische Studien davon ausgeht, dass Arbeitsmigration vom Süden in den Norden keine negativen Auswirkungen auf die Sendegesellschaften hat. Es gibt allerdings zahlreiche Studien genau dazu, die zum exakt gegenteiligen Schluss kommen. Die „positive“ Bewertung der Offenheit für Migranten ist aus entwicklungspolitischer Sicht also keinesfalls eindeutig nachvollziehbar.

Tatsächlich spielt Projektarbeit im Sinne wirksamer Entwicklungsmaßnahmen vor allem in zwei Bereichen eine herausragende Rolle: beim Zugang zu elementaren sozialen Dienstleistungen und bei der Stärkung von Institutionen (Kenny 2006, 9). Zusätzlich muss für die Definition von Wirksamkeit auf der Mikro-Ebene ein Kriterium einbezogen werden, das nur schwer mit technischen und empirischen Methoden erfasst werden kann. Insbesondere zivilgesellschaftliche Akteure reklamieren für sich zu Recht, zur Ermächtigung (*empowerment*) sozialer Akteure beizutragen (Riddell 1997, 4f). Diese Ermächtigung kann zunächst lediglich als Nebeneffekt entwicklungspolitischer Kooperation entstehen, sich in weiterer Folge aber zu einem relevanten Faktor für gesamtgesellschaftliche oder zumindest lokale Entwicklungen wandeln, der die Infragestellung herrschender Macht- und Vermögensverhältnisse vorantreibt und auf diese Weise zu Entwicklung wirksam beiträgt. Das Spektrum der Maßstäbe zur Beurteilung wirksamer EZA muss also auch im Hinblick auf die lokale Mikro-Ebene erweitert und kritisch hinterfragt werden.

4. Abschließende Bemerkungen

Angesichts der unterschiedlichen Zugänge und Definitionen von Wirksamkeit und Entwicklung stellt sich abschließend nochmals eine sehr grundsätzliche Frage, nämlich wie (politisch) relevant die Frage nach der Wirksamkeit selbst ist. Die gegenwärtige internationale Betriebsamkeit im Rahmen der Umsetzung der Pariser Erklärung von 2005 läuft durchaus in Tradition des „*aid business*“ Gefahr, zu einem Selbstzweck zu werden, der mit den eigentlich entscheidenden Fragen nicht mehr viel zu tun hat. Zwei Aspekte sind in der aktuellen Debatte zu dieser Frage besonders relevant. Die Definition von Wirksamkeit von Entwicklung und EZA kann nur sinnvoll geführt werden, wenn zum einen das Eigeninteresse der Akteure selbst mit reflektiert wird. Die „*aid industry*“ hat aus verständlichen Gründen die Tendenz, Fragen, die auf sie selbst zurückweisen und ihre Eigeninteressen thematisieren, systematisch aus dem Weg zu gehen. Dieser Wille zur Vermeidung wesentlicher Kernfragen gilt sowohl für die Akteure des operativen Geschäfts als auch für die theoretischen „Arbeiter“ der internationalen Entwicklung. Wirksamkeit und Entwicklung können hingegen als Kategorien nur weiterentwickelt werden, wenn die Reflexion über Eigeninteressen der Beteiligten (und in diesem Sinn auch Profitierenden) kritisch geführt und vertieft wird. Zum anderen führt die Frage der Definition von Wirksamkeit in jedem Fall auf die eingangs erörterte Machtfrage zurück, die nicht nur entscheidend ist für die Durchsetzung von „herrschenden“ Definitionen von Wirksamkeit und Entwicklung, sondern auch für die Persistenz unwirksamer EZA.

In diesem Sinn führt die Debatte um Wirksamkeit ins Zentrum internationaler Verhältnisse, in dem sich strukturelle und akteursbezogene Fragestellungen treffen. Aus einer technisch-operativen Agenda (der Pariser Erklärung) wird auf diese Weise eine kritische Analyse „herrschender“ Verhältnisse, die die Definitionsmacht im internationalen Entwicklungsdiskurs genauso betrifft wie realökonomische und politische Machtkonstellationen, die die Voraussetzungen von Entwicklung und den Diskurs darüber darstellen. In diesem Sinne muss die aktuell geführte Wirksamkeitsdebatte neu aufgespannt und perspektivisch wie thematisch erweitert werden.

Abkürzungsverzeichnis

BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
CDI	Commitment to Development Index
CGD	Center for Global Development
DFID	Department for International Development
EPAs	Economic Partnership Agreements
EU	Europäische Union
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
MDGs	Millennium Development Goals / Millennium-Entwicklungsziele
NGOs	Nicht-Regierungsorganisationen
ODA	Official Development Assistance
ODE	Office of Development Effectiveness (Australien)
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
PRSPs	Poverty Reduction Strategy Plans
UNDP	United Nations Development Programme

Literatur

Alam, Javeed (1999). India: Living with Modernity, Delhi.

AusAid (2007). Annual Review of Development Effectiveness 2007, Canberra.

Beloe, Tom (2005). Moving towards local definitions of aid effectiveness: how is the OECD DAC Paris Declaration being interpreted in DFID South East Asia partner countries? Draft.

Bissio, Roberto (2007). Application of the Criteria for Periodic Evaluation of Global Development Partnerships – As Defined in Millennium Development Goal 8 – from the Right to Development Perspective: the Paris Declaration on Aid Effectiveness. Paper presented in the Human Rights Council, 31.12.2007.

Bourguignon, Francois/Mark Sundberg (2007). Aid Effectiveness – Opening the Black Box. Online in Internet: <http://siteresources.worldbank.org/DEC/Resources/Aid-Effectiveness-MS-FB.pdf> (Stand: 14.7.2008)

Brock, Lothar (2007). Die Transformation der Nord-Süd-Beziehungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts: Sicherheitsdiskurse als Empowerment?, in: Journal für Entwicklungspolitik, 4/2007, 38-58.

Bundesministerium für Zusammenarbeit (BMZ) (2005). Mehr Wirkung erzielen: Die Ausrichtung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf die Millenniums-Entwicklungsziele. Die Umsetzung der Paris Declaration on Aid Effectiveness. Online in Internet: <http://www.bmz.de/de/service/infothek/fach/spezial/spezial130pdf.pdf> (Stand: 14.7.2008)

Center for Global Development (2006). When Will We Ever Learn? Improving Lives Through Impact Evaluation. Report of the Evaluation GAP Working Group, May 2006. Online in Internet: http://www.cgdev.org/files/7973_file_WillWeEverLearn.pdf (Stand: 14.7.2008)

Center for Global Development (2007). Commitment to Development Index 2007, Washington.

Collier, Paul (2007). The Bottom Billion. Why the Poorest Countries Are Failing and What Can be Done About it, Oxford.

Court, Julius (2006). Governance, Development and Aid Effectiveness: A Quick Guide to Complex Relationships. ODI Briefing Paper, March 2006.

Das, Gurcharan (2006). The India Model, in: Foreign Affairs, Vol. 85(4), 2-16.

De Renzio, Paulo (2006). Promoting Mutual Accountability in Aid Relationships. Addressing the power imbalance between donors and recipients is necessary to promote real partnerships. ODI Briefing Paper, April 2006. Online in Internet: http://www.odi.org.uk/publications/briefing/bp_april06_mutual_accountability.pdf (Stand: 14.7.2008)

Debiel, Tobias/Daniel Lambach (2007). From „Aid Conditionality“ to „Engaging Differently“: How Development Policy Tries to Cope With Fragile States, in: Journal für Entwicklungspolitik, 4/2007, 80-99.

DFID (2007). UNDP Development Effectiveness Summary. Online in Internet: <http://www.dfid.gov.uk/pubs/files/mdes/UNDP.pdf> (Stand: 14.7.2008)

Easterley, William (2006). Planners vs. Searchers in Foreign Aid. Online in Internet: http://www.adb.org/Economics/speakers_program/easterly.pdf (Stand: 14.7.2008)

Foresti, Marta/David Booth/Tammie O'Neil (2006). Aid Effectiveness and Human Rights: Strengthening the Implementation of the Paris Declaration. Online in Internet: http://www.odi.org.uk/publications/reports/Aid_effectiveness.pdf (Stand: 14.7.2008)

Harmonization Unit World Bank (2006). Harmonization and Alignment for Greater Aid Effectiveness: An Update on Global Implementation and the Bank's Commitments. Online in Internet: <http://siteresources.worldbank.org/IDA/Resources/Seminar%20PDFs/73449-1164920192653/Harmonization.pdf> (Stand: 14.7.2008)

Heyden, Goran (2008). After the Paris Declaration: Taking on the Issue of Power, in: Development Policy Review, 26(3), 259-274.

Independent Evaluation Group (IEG) (2006). Annual Review of Development Effectiveness, 2006, Washington.

Kenny, Charles (2006). What Is Effective Aid? How Would Donors Allocate It? World Bank Policy Research Paper 4005, September 2006. Online in Internet: http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/IW3P/IB/2006/09/11/000112742_20060911171427/Rendered/PDF/wps4005.pdf (Stand: 14.7.2008)

Lavergne, Real/Jacqueline Wood (2006). Aid Effectiveness and Non-State Partnerships: Analytical Considerations. Online in Internet: http://www.ccic.ca/e/docs/002_aid_2006-12-06_cida_doc_aid_effect_partners.pdf (Stand: 14.7.2008)

Masud, Nadia/Boriana Yontcheva (2005). Does Foreign Aid Reduce Poverty? Empirical Evidence from Nongovernmental and Bilateral Aid. IMF Working Paper WP/05/100. Online in Internet: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2005/wp05100.pdf> (Stand: 14.7.2008)

Maxwell, Simon (2005). The Washington Consensus is dead! Long live the meta-narrative! ODI Working Paper 243. Online in Internet: http://www.odi.org.uk/publications/working_papers/wp243.pdf (Stand: 14.7.2008)

Menocal, Alina Rocha/Sarah Mulley (2006). Learning from Experience? A review of recipient-government efforts to manage donor relations and improve the quality of aid. ODI Working Paper 268. Online in Internet: [http://web.acdi-cida.gc.ca/extranet/policy/swapsbboard.nsf/f5ef0837019e56eb8525677100558e88/92df7da125d755db8525721b005af716/\\$FILE/ODI%20wp268%20-%20recipient-led%20aid%20mgmt%20-%20May%202006.pdf](http://web.acdi-cida.gc.ca/extranet/policy/swapsbboard.nsf/f5ef0837019e56eb8525677100558e88/92df7da125d755db8525721b005af716/$FILE/ODI%20wp268%20-%20recipient-led%20aid%20mgmt%20-%20May%202006.pdf) (Stand: 14.7.2008)

Nolte, Detlef (2006). Macht und Machthierarchien in den internationalen Beziehungen: Ein Analysekonzept für die Forschung über regionale Führungsmächte. GIGA Working Paper Nr. 29. Online in Internet: http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/wp29_nolte.pdf (Stand: 14.7.2008)

Nuscheler, Franz (2008). Die umstrittene Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit. INEF-Report 93/2008, Duisburg.

UNDP (2001). Development Effectiveness. Review of Evaluative Evidence, New York.

UNDP (2007). Bericht über die menschliche Entwicklung 2007/2008. Den Klimawandel bekämpfen: Menschliche Solidarität in einer geeinten Welt, Berlin.

Quibria, M.G. (2004). Development Effectiveness. What Does Recent Research Tell Us? OED Working Paper Number 1. Online in Internet: <http://www.adb.org/documents/OED/Working-Papers/oct01-oed-working-paper.pdf> (Stand: 14.7.2008)

Radelet, Steven (2004). Aid Effectiveness and the Millennium Development Goals. Center for Global Development Working Paper Nr. 39. Online in Internet: http://www.cgdev.org/files/2750_file_cgd_wp039_rev.pdf (Stand: 14.7.2008)

Radelet, Steven (2006). A Primer on Foreign Aid. Center for Global Development Working Paper Nr. 92. Online in Internet:

http://aideffectiveness.developmentgateway.org/uploads/media/aideffectiveness/file_WP92.pdf (Stand: 14.7.2008)

Ramo, Joshua Cooper (2004). The Beijing Consensus, London.

Riddell, Roger (1997). Aid in the 21st Century. (United Nations Development Programme Office of Development Studies Discussion Paper Series No. 6), New York.

Riddell, Roger (2007). Does Foreign Aid Really Work? Oxford.

Roodman, David (2007). Macro Aid Effectiveness Research: A Guide for the Perplexed. Center for Global Development Working Paper Number 134, December 2007. Online in Internet: http://www.cgdev.org/files/15003_file_Guide_Perplexed.pdf (Stand: 14.7.2008)

Sen, Amartya (2003). Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. 2. Aufl., München.

Sen, Amartya (2005). What is it like to be a human being? Unveröffentlichtes Manuskript eine Vortrages, gehalten am Third Forum on Human Development. Cultural Identity, Democracy and Global Equity, Paris, 17.1.2005.

Six, Clemens (2007). Gut oder nur gut gemeint? Fragen zur Wirksamkeit entwicklungspolitischer Nicht-Regierungsorganisationen (NROs), in: ÖFSE (Hg.) (2007). Österreichische Entwicklungspolitik, Ausgabe 2007, 33-45. Online in Internet:

<http://www.oefse.at/Downloads/publikationen/oeepol/oeepol07.pdf> (Stand: 15.7.2008)

Tan, Celine (2005). Evolving Aid Modalities and Their Impact on the Delivery of Essential Services in Low-Income Countries, in: Law, Social Justice & Global Development, 1/2005.

Ziai, Aram (2004). Imperiale Repräsentationen. Vom kolonialen zum Entwicklungsdiskurs. Online in Internet: <http://www.sopos.org/aufsaeetze/408aa83c03940/1.phtml> (Stand: 14.7.2008)